



Gedanken-Ballon www.energie-atlas.ch/pers-gedankenballons.htm

Statement als gläserner Stimmbürger:

Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Radios und Fernsehens in der Schweiz

Die Schweiz kennt eine **Sonderfinanzierung für das öffentlich-rechtliche Radio und Fernsehen**: Wer die Möglichkeit hat, Radio oder Fernsehen zu empfangen (egal ob über terrestrische Sendeanlagen, Satellit, Kabelnetz oder Internet) muss sich registrieren lassen. Er oder sie erhält dann von der **Billag AG** (einer privaten, aber vom Staat beauftragten Inkassofirma) eine Gebührenrechnung, die sich für den privaten Radio- und TV-Empfang zusammen auf jährlich 365 Franken beläuft (Betrag gültig ab 2018).

Ein Teil dieser Gebühren fließt zur „SRG/SSR idée suisse“ für die Gestaltung von Programmen, die alle Lebensbereiche abdecken, und dies auf Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch. Zum Vergleich: Das kürzlich von einem privaten Kabelanbieter lancierte Pay-TV-Programm „MySports“ – wie der Name sagt, ein reines Sport-Programm – kostet jährlich 300 Franken. Man sieht, dass das Preis-Leistungs-Verhältnis der „Privaten“ nur mit dem Wort „Abzockerei“ belegt werden kann, verglichen mit der Vielfalt des „Öffentlich-Rechtlichen“.

Die Sonderfinanzierung wurde zu einer Zeit eingeführt, als der Besitz eines Radio- oder gar TV-Gerätes noch nicht selbstverständlich war. Ich vermute daher, dass die ursprüngliche Idee etwa war: „Wer diese neumodischen Erfindungen nutzen will, soll auch selbst dafür bezahlen“. Heute gibt es wohl niemanden mehr, der kein Radioempfangsgerät besitzt (zumal dazu auch Geräte wie PC oder Smartphone zählen, mit denen man die Programme streamen kann). Auch Fernseh-Abstinentsinnen und -Abstinents gibt es wohl nur noch wenige (meine Mutter gehörte bis zu ihrem Tod im Jahr 2014 konsequent dazu).

Dieser Wandel der Nutzungsgewohnheiten legt es meiner Meinung nach nahe, die öffentlich-rechtlichen Radio- und TV-Programme nicht mehr über Sondergebühren, sondern **über die ordentlichen Steuergelder** zu finanzieren (wobei natürlich in beiden Fällen noch Werbeeinnahmen u.ä. dazukommen). Es gab denn auch immer wieder **politische Vorstöße zur Abschaffung der „Billag-Gebühren“**. Aber in der aktuellen „No-Billag-Initiative“, über die wir im kommenden März abstimmen werden, wird **die staatliche Finanzierung eines öffentlich-rechtlichen Radios und Fernsehens gar vollständig verboten**. Dahinter stehen (offen ausgesprochen oder versteckt) Meinungen wie: die öffentlich-rechtlichen seien im Vergleich mit den privatwirtschaftlichen Sendern ohnehin veraltet, zu wenig effizient, zu langweilig, politisch zu weit „links“ oder was immer.

Diese Meinungen kann ich keineswegs teilen! Der Abschaffung der Billag-Gebühren kann ich nur zustimmen, wenn ein **aus Steuergeldern finanzierter staatlicher Beitrag zumindest in bisheriger Höhe und automatisch indexiert gesetzlich verankert und garantiert** wird. Die privatwirtschaftlichen Sender erreichen die hohe Qualität, Unabhängigkeit und Vielfalt der öffentlich-rechtlichen Programme keinesfalls. Deshalb werde ich im März 2018 zur **No-Billag-Initiative** ein **Nein** in die Urne legen, das auch mindestens so groß auf meinem Stimmzettel stehen wird.